

Mit den in der Luftreinhalte-Verordnung festgelegten Emissionsgrenzwerten sind bereits genügend Instrumente vorhanden, um die bisherigen Reduktionen in diesem Bereich auch weiterzuführen. Zusätzlich ist zu bemerken, dass die Entwicklungen in diesem Bereich ohnehin auf eine Verminderung dieser Stoffe, also der Lösungsmittelstoffe, hinzielen. Die Streichung der bisherigen Abgabe, also der VOC-Abgabe, führt damit zu einer Senkung der administrativen und finanziellen Kosten, ohne die Erfolge in diesem Bereich infrage zu stellen.

Gleichzeitig sorgt diese Massnahme dafür, dass Produkte von Schweizer Firmen im inländischen Markt gegenüber Direktimporten oder im Rahmen des Einkaufstourismus im Ausland gekauften Produkten nicht benachteiligt sind. Zur Erinnerung: Kein einziges Nachbarland kennt diese Abgabe. Aber die Leute gehen ins Ausland und kaufen dort Sprays, Dichtstoffe, Leim usw. Das wird alles auch dort eingekauft und in die Schweiz eingeführt, ohne dass eine VOC-Abgabe erhoben worden wäre. Das kann es wirklich nicht sein, da ist der Schweizer Markt eindeutig benachteiligt.

Die Grössenordnung der Preise ist natürlich unterschiedlich. Je nachdem, wie viel Lösungsmittel ein Produkt enthält, ist die Abgabe höher oder tiefer, aber pro Kilo sind es 3 Franken. Ein Beispiel: Ein Liter Lösungsmittel hat einen Warenwert von etwa Fr. 1.50, je nach Hersteller kann es auch mehr kosten. Die Abgabe für diesen Liter beträgt 3 Franken, das macht also Fr. 4.50. In Deutschland kaufen Sie das umgerechnet für Fr. 1.50 oder noch weniger ein. Also das kann wirklich so nicht sein, das geht nicht. Es heisst immer, die Schweiz sei eine Hochpreisinsel, aber es hat viele Gründe, warum das so ist, und das hier ist auch einer dieser Gründe.

Ich bitte Sie also, diese Motion entsprechend anzunehmen.

Leuthard Doris, Bundespräsidentin: Ja, es wird Sie nicht erstaunen, dass ich auch diese Motion im Namen des Bundesrates ablehne.

Wir haben jetzt die VOC-Abgabe und das entsprechende System seit über zwanzig Jahren, und auch hier, Herr Nationalrat Wobmann, ist das Ergebnis schon eindrücklich: Wir konnten die Emissionen gegenüber dem Stand von 2005 um gut 20 Prozent senken, und das ist genau mit dieser Lenkungsabgabe möglich. Sie haben zu Recht gesagt: Es ist eine Lenkungsabgabe, nicht eine Steuer, sie wird vollständig an die Haushalte zurückerstattet. Diese Abgabe hat ihre Wirkung gezeigt, und die Kosten, die sie verursacht, sind entsprechend nur Lenkungskosten, de facto ist das staatsquotenneutral.

Die Ozonbelastung, die massgeblich durch VOC-Emissionen verursacht wird, ist ein Problem, das wir vor allem jeden Sommer haben. Deshalb ist das ein Problem der Luftreinhaltung: Auch hier sind mit Ozon in der Luft Schäden für die Gesundheit, z. B. Atemwegkrankungen, und Schäden für die Land- und Forstwirtschaft verbunden. Das ist alles wissenschaftlich nachgewiesen. Hier konnten wir mit der Reduktion von VOC eben auch die Bildung von Ozon reduzieren, und hier spielt die Abgabe eine sehr wichtige Rolle.

Die Abgabe wurde übrigens immer wieder verfeinert. Es ist falsch, wenn Sie sagen, es bestehe hier gegenüber dem Ausland eine Schweizer Eigenheit oder es entstehe eine Mehrbelastung. Es ist mit der Branche so abgesprochen, dass man gleich lange Spiesse wie die Konkurrenz im Ausland hat. Die Finanzkontrolle hat übrigens dieses System und die Ausgestaltung in einem Bericht untersucht und ist zum Schluss gekommen, dass es sehr effektiv, sehr kostengünstig und eben nicht benachteiligend ist.

Aktuell wird im Rahmen der Anpassung der Luftreinhalte-Verordnung auch wieder darüber diskutiert, ob man mit den Ergebnissen zufrieden ist und wie man hier weitergehen soll. Es erfolgt also eine ständige Verbesserung des Systems, wobei man zusammen mit der Branche und mit Fachkreisen auch Ihre Anliegen immer wieder berücksichtigt.

Wobmann Walter (V, SO): Frau Bundespräsidentin, können Sie mir sagen, welche Nachbarstaaten eine solche Abgabe kennen bzw. haben? Falls ja, wie hoch ist diese im Verhältnis zur Schweiz?

Leuthard Doris, Bundespräsidentin: Es gibt unterschiedliche Systeme. Die europäischen Staaten haben das Göteborg-Protokoll, das die internationale Rechtsgrundlage ist, unterzeichnet und ratifiziert. Man kann dieses System unterschiedlich ausgestalten – ob mit einer Abgabe oder mit technischen Vorgaben, die gewisse Stoffe verbieten, entscheidet jedes Land selbst.

Präsident (Stahl Jürg, Präsident): Der Bundesrat beantragt die Ablehnung der Motion.

Abstimmung – Vote
(namentlich – nominatif; 15.3733/14801)
Für Annahme der Motion ... 97 Stimmen
Dagegen ... 87 Stimmen
(9 Enthaltungen)

15.3747

Motion Maier Thomas. RTVG. Plafonierung der Empfangsgebühren

Motion Maier Thomas. LRTV. Plafonnement des redevances de réception

Nationalrat/Conseil national 09.03.17

Präsident (Stahl Jürg, Präsident): Die Motion Maier Thomas wurde von Herrn Bäumle angenommen.

Bäumle Martin (GL, ZH): Wie es der Präsident gesagt hat, habe ich den Vorstoss von Herrn Maier Thomas übernommen. Inhaltlich geht es darum, dass die Empfangsgebühren für Radio und Fernsehen bis zum Inkrafttreten des revidierten RTVG nicht mehr erhöht werden. Die Idee dahinter ist klar: Bevor die Diskussion über den künftigen medialen Service public nicht abgeschlossen ist, soll keine Gebührenerhöhung für Haushalte und Unternehmen erfolgen.

Der Vorstoss hat, obwohl er schon einige Jahre alt ist, nichts an Aktualität eingebüsst. Sie wissen, dass wir nächste Woche zumindest einmal eine Diskussion über diesen Service public führen werden. In diesem Sinne ist es zentral, dass dieser Vorstoss heute angenommen wird und diese Plafonierung der Gebühren erfolgt. Es ist damit aber nicht so, dass die Einnahmen der SRG stabil bleiben oder nach unten gehen würden, im Gegenteil. Wegen der Zahl der Anschlüsse, die laufend zunimmt, steigen die Einnahmen bei der SRG im Moment weiter an.

Der Bundesrat hat im Grundsatz das Anliegen der Motion eigentlich geteilt, indem er bereits 2014 gesagt hat, dass er diese Gebühren in dieser Zeit nicht erhöhen wolle, dass er die Überprüfung mache und dass die Thematik erst dann, wenn der Wechsel von der Empfangsgebühr zur neuen Abgabe 2018 oder 2019 kommt, geöffnet werde. In diesem Sinne müsste der Vorstoss vom Bundesrat eigentlich entgegengenommen werden, weil er genau das verlangt hat, was wir wollen: zuerst eine Debatte über den Service public, klare Definitionen, und dann soll mit der neuen Lösung gesagt werden, welche Gebührenhöhe dann effektiv gelten soll und wer die Kompetenz zur Erhebung der Gebühren hat. Es geht also mitnichten darum, eine Kompetenzverschiebung vorzunehmen. Es ist eine Art Moratorium, nämlich nicht Gebührenerhöhungen durchzusetzen, bevor die Diskussion abgeschlossen ist.

Ich bitte Sie entsprechend, den Vorstoss zu unterstützen.

Leuthard Doris, Bundespräsidentin: Ich kann nur wiederholen, was wir bereits in der Stellungnahme geschrieben haben: Wir haben die Gebühr sicher nicht erhöht, im Gegenteil, wir werden sie senken, wie wir das versprochen haben. Im nächsten Jahr wird der Bundesrat die konkrete Höhe der künftigen Haushaltabgabe festlegen. Sie wird klar unter 400 Franken liegen. Das kann ich jetzt schon bestätigen. Insofern ist eine Erhöhung sowieso nicht unsere Absicht, und der Inhalt der Motion ist vollkommen erfüllt. Ich kann nichts Neues sagen. Wenn Sie die Motion annehmen, passiert gar nichts.

Präsident (Stahl Jürg, Präsident): Der Bundesrat beantragt die Ablehnung der Motion.

Abstimmung – Vote
(namentlich – nominatif; 15.3747/14802)
Für Annahme der Motion ... 104 Stimmen
Dagegen ... 85 Stimmen
(4 Enthaltungen)

15.3749

Motion Hurter Thomas.
Leistungsabhängige
Schwerverkehrsabgabe.
Moratorium

Motion Hurter Thomas.
Redevance sur le trafic des poids
lourds liée aux prestations.
Moratoire

Nationalrat/Conseil national 09.03.17

Präsident (Stahl Jürg, Präsident): Die Motion Hurter Thomas ist zurückgezogen worden.

Zurückgezogen – Retiré

15.3769

Postulat Romano Marco.
Bericht zum Service public.
SRG-Internetangebot
auf Audio- und Videothek beschränken

Postulat Romano Marco.
Rapport sur le service public.
Limiter l'offre de la SSR sur Internet
à une audiothèque
et à une vidéothèque

Postulato Romano Marco.
Rapporto sul servizio pubblico.
Offerta Internet della SSR limitata
a una audioteca ed una videoteca

Nationalrat/Conseil national 09.03.17

Romano Marco (C, TI): Con questo postulato chiedo al Consiglio federale di valutare opzioni per regolare una situazione che negli anni si sta sviluppando in maniera incontrollata, nel nome di un servizio pubblico di cui tutti si riempiono la bocca ma che nessuno vuole definire. La SSR deve offrire un servizio base – informazione, cultura, intrattenimento e sport – garante del nostro quadrilinguismo e dell'identità svizzera. Laddove il privato è sufficientemente strutturato e forte, la posizione della SSR, finanziata dal pubblico, deve essere limitata allo stretto necessario e cercare la collaborazione piuttosto che la competizione.

Sia chiaro, non voglio bloccare la SSR nel web ma definire un quadro fisso entro il quale offrire le prestazioni di servizio pubblico necessarie ed opportune su Internet. Il "come", l'utilizzo di Internet, è incontestato ma il "cosa" è tutto da definire. La SSR deve seguire lo sviluppo tecnologico ma l'offerta deve restare quella di base. Nel on-line non è necessario un servizio globale, l'odierno sviluppo web della SSR, fondato sugli importati mezzi generati dal canone, è una concorrenza ingiustificata e inutile nel confronto dell'offerta privata che è viepiù diffusa, completa e anche di alto valore. On line abbiamo una reale pluralità, la notizia al minuto è data. La SSR deve essere presente ma con una posizione che non sia egemone, l'egemonia odierna è inopportuna.

A livello nazionale e locale conosciamo tutti, in tutte le regioni linguistiche, siti on line che riportano notizie d'attualità a ritmo di minuti. Possiamo leggere i giornali ed i loro siti vengono aggiornati all'ora. Abbiamo i siti delle radio e i siti delle televisioni private, che offrono un servizio esteso e differenziato.

Qual è il quadro che propongo? La presenza on line della SSR deve limitarsi ad un contenitore moderno, pratico e tecnologicamente avanzato per rendere fruibile tutto quanto prodotto per la televisione e la radio; deve limitarsi ad un'audio- e videoteca al passo con i tempi, consultabile rapidamente e costantemente aggiornata.

L'offerta radio-televisiva è considerevole e di eccellenza, va resa fruibile in diretta e su domanda posticipata in un contenitore che permetta di approfondire, generando ulteriori possibilità di informazione e rimandi ad informazioni interessanti per l'utente.

Quello che non si vuole più vedere sono serie di intrattenimento create ad hoc per l'on-line, intrattenimento particolare e generato solo per l'on-line, giochi ed altri contenuti multimediali che rappresentano un servizio non pubblico, un servizio inutile e una concorrenza scorretta verso l'offerta privata.

Il Consiglio federale afferma che ciò non è ragionevole. Mi dispiaccio di questa presa di posizione e invito a visionare